

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drehschrift: Nachrichten Dresden.  
Buchdrucker-Sammelnummer: 25 241.  
Preis für Nachdruckdruck: 20 000.

Bezugs-Gebühr  
Anzeigen-Preise.

vierseitig in Dresden und Sonnen bei gleichzeitiger Auflösung sowie bei einer weiteren Auflösung durch die Post (ohne Briefporto) je 40 Pf. monatlich 100 St.

Die einpäckige 27 mm breite Zeile zu 16 Linien unter einem und

Wohnungsnummer, einpäckige 16 mm Breite zu 16 Linien. Bezugspreise kostet

20 Pf. Zusätzliche Aufsätze gegen Bezugspreis. — Bezugspreise zu 10 Pf.

Abbildung und Hauptabdruckstelle:  
Marienstraße 38-40.

Deutl. Verlag von Viebisch & Reichenbach in Dresden.

Postfach-Raum 10 305 Leipzig.

Redebeitrag nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) erlaubt. — Unverlaubte Schriftführungen werden nicht aufbewahrt.

## Der Weimarer Parteitag hinter der Reichsregierung.

### Das neue Friedensdokument.

*Signer Berichterstattung der „Dresden Nachrichten“.*  
Berlin, 13. Juni. Aus Paris wird gemeldet, daß heute vormittag eine Vollziehung der Friedenskonferenz stattfindet, in der den Delegierten aller alliierten Mächte Bericht über die abgeänderten Friedensbedingungen erstattet wird. Unmittelbar nach Beendigung dieser Sitzung soll dem Grafen Brodowski-Maxau das neue Friedensdokument durch den Generalsekretär der Friedenskonferenz überreicht werden.

Der Termin der Übergabe scheint aber immer noch nicht festzustehen, wie aus nachfolgender Meldung hervorgeht:

Berlin, 13. Juni. Aus Versailles wird gemeldet: Die Antwort der Engländer auf die deutsche Denkschrift ist abermals verschoben worden. Sie wird nicht heute überreicht, sondern nach französischen Blättern frühestens Sonnabend abend, wahrscheinlich jedoch erst am Montag, während die amerikanischen Blätter in Paris andeuten, daß es auch Dienstag werden kann.

### Neue Rücktrittsgerüchte über Clemenceau.

Der Wiener „Abend“ berichtet aus Paris: Briand hat alle Vorbereitungen für die Kabinettbildung vollendet. Ein wichtiges Vorliegen ist dem Deputierten Genessin vorbehalten, dem mehrere oppositionelle Blätter zur Verfügung stehen. Briand befürchtet eine vollständige Überwerthaltung der Parlamentskontrolle in der Friedenssache. Der Rücktritt des Kabinetts Clemenceau wäre bereits erfolgt, wenn für Clemenceau ein ehrenvoller Abgang gefunden worden wäre. Wahrscheinlich befürchtet man aber, daß Frankreich England gegenüber durch den Rücktritt Clemenceaus eine Einbucht erleiden würde. Als Mitglieder des Kabinetts Briand werden genannt Millerand und Léon Bourgeois, sowie Mitglieder anderer Parteigruppen.

### Weitere französische Presseurteile über den Friedensvertrag.

„Gaulois“ erfährt, daß Deutschland den Vertrag nicht unterzeichnen wird, weil nur geringfügige Änderungen vorgenommen werden seien. Für diese Regierung Deutschlands trage die Pariser Konferenz in ihrer Einigkeit, ihrer Langsamkeit und ihren fiktiven Schriften die Verantwortung. — „Humanité“ schreibt: Das Werk der Pariser Konferenz steht jetzt schon fest und es ist gleichgültig, ob es dieser oder jener Rechtschule unterzogen wird. Es ist das Werk des Raubes und des schamlosen Imperialismus.

### Zukunft der französischen Delegierten in Frankreich.

Wie die Pariser Morgenblätter mitteilen, sind die französischen Delegierten in Toulon eingetroffen und nach Saarbrücken weitergereist.

### Die Grenzfrage und die Friedenskonferenz.

Wie die Pariser Ausgabe des „Newspaper Herald“ meldet, hatten die Führer der amerikanischen Iren, Wallach und Dunn, eine dreiviertelstündige Unterredung mit Wilson. Dieser erklärte ihnen, die amerikanische Friedensdelegation könne die Sache Irlands vor der Friedenskonferenz nicht offiziell zur Sprache bringen. Sie werden aber, wie bisher, auch weiterhin alles tun, was im Interesse Irlands geboten sei. Die Iren erklärten sich bereit, nichts zu unternehmen, bis es sich entschieden habe, ob die amerikanische Friedenskommission dem Beschlussantrag des Senats, daß die amerikanische Friedensdelegation alles unternehmen wolle, damit Valera, Griffoe und Blumfeldt von der Pariser Konferenz geholt würden, folge geben werde. Bei dies geschieht, und werde die irische Republik von den Mächten anerkannt, dann sei das Werk der amerikanischen Iren zu Ende. Werde jedoch der Antrag des amerikanischen Senats verworfen, so würden die amerikanischen Iren mit ganzer Kraft darauf hinwirken, daß der Fall Irlands vor der gesamten Friedenskonferenz zur Sprache kommt.

### Die inneren Schwierigkeiten Frankreichs.

Versailles, 13. Juni. Die Streiklage hat sich weiter ausgeweitet. Die Pariser Morgenblätter melden, daß der Verband der Bergleute beschlossen habe, am 15. Juni in Frankreich den Generalstreik zu beginnen. Der Verband der Seefahrer beschloß gleichfalls, am 16. d. M. in den Generalstreik zu treten, falls seine Forderungen bis zu diesem Zeitpunkt nicht völlig geregelt seien. In einem Aufrufe des Verwaltungsausschusses der Confédération générale du Travail an die Öffentlichkeit wird erklärt, daß unbedingt sofort wirksame Abhilfe geschaffen werden müsse, sonst werde das Land an den Abgrund und zu Gewalttätigkeiten getrieben werden.

Im Gegensatz hierzu steht folgende Meldung, deren Glaubwürdigkeit allerdings nicht zweifelsfrei ist:

Genf, 12. Juni. Die französische Confédération générale du travail hat am Mittwoch mit Zweitratswahlrecht den Eintritt in den Generalstreik abgelehnt, um die schwedenden Friedensverhandlungen nicht zu gefährden.

Versailles, 13. Juni. Wie der „Matin“ aus Lille erfährt, hat der Generalsrat des Norddepartements gestern in einer außerordentlichen Sitzung sehr scharf gegen die Politik der französischen Regierung Stellung genommen. Die Finanzpolitik Klöb's habe zur Folge, daß England keine Maschinen liefern. Der Vorsitzende des Generalsrats erklärte: Unter Band hat es satte Überzahl gäbe mit Horn unter der Nische. Die Regierung muß ihre verhängnisvolle Wirtschaftspolitik einstellen, die Frankreich tötet. Eine Entschließung, in welcher der Regierung ein Tadel ausgesprochen wird, wurde einstimmig angenommen.

### Das Berichtensvotum des Parteitages.

Von unserem Weimarer Sonderberichterstattung  
Beimar, 13. Juni 1919.

Der sozialdemokratische Parteitag nahm heute vormittag folgende Entschließung, die der gegenwärtigen Regierung das Berichtens der gesamten Partei auspricht, mit den Stimmen fast aller Delegierten an:

Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands stellt die uneingeschränkte Selbständigkeit der Partei gegenüber der Regierung und den in ihr gelisteten Parteimitgliedern fest. Der Parteitag verkennt nicht, daß unter der Regierung manches geschehen ist, was berechtigten Unmut erregt hat, und daß manches unerträglich, was auszuführen dringend nötig gewesen wäre. Aber diese Fehlgriffe und Unterlassungen sind nicht entsprungen aus Mangel an Einsicht, an Tapferkeit oder an gutem Willen, sondern sie waren die Folge schwieriger Verhältnisse, die zu bewegen bisher nicht gelungen ist. Der Parteitag spricht deshalb trotz der zu tabelnden Vorkommnisse seinen in der Regierung stehenden Genossen volles Vertrauen aus. Er erkennt das hohe Maß von Selbstverleugnung an, das sie bewiesen haben durch die Übernahme der Regierung in der Zeit höchster Verkrampfung und lärmendster Aerriffenheit des Reichs nach innen und nach außen. Er dankt ihnen auch für die Hingabe und ganze, mit der sie ausgehalten haben, obwohl sie selbst durch den Erfolg ihrer Arbeit nicht befriedigt sein konnten. Der Parteitag fordert der Regierung kräftige Unterstützung zu bei Durchführung aller Maßnahmen, die zur Verwirklichung unserer Partizipale und damit zu Wohl des gekommen Volkes ergriffen werden. Die gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes wird hinter der Regierung stehen, wenn sie ohne Zaudern und Schwanken die Verwaltung allerseits und allenfalls demokratisiert, das Verhältnis von Schul- und Kirche zum Staat im Sinne unseres Programms ordnet, im Heerwesen die erforderlichen Reformen durchführt und im Wirtschaftsleben die grundlegenden Änderungen trifft, die den Notwendigkeiten der Welt entsprechen. An die Parteigenossen im Reiche richtet der Parteitag die Mahnung, bei Beurteilung aller Vorkommnisse stets nur von festgestellten Tatsachen auszugehen und den Unwert von Artikel zu erkennen, die von verantwortungslosen Stellen nur zu dem Zweck gelbt werden, unsere Partei und ihre Vertretung in der Regierung in den Augen des Volkes als unwürdig des Vertrauens erscheinen zu lassen.

Über den weiteren Verlauf der Freitag-Vormittags-Sitzung wird noch berichtet:

Beimar, 13. Juni. Zu Beginn der heutigen Sitzung des Parteitages stand zunächst eine bemerkenswerte Geschäftsvorordnungsdebatte statt. Von verschiedenen Seiten wurde betont, daß der Parteitag unter keinen Umständen auseinandergehen dürfe, bevor die Nationalversammlung zu der Friedensfrage Stellung genommen habe, um auch seinerseits dazu gezwungen zu haben. Werner wurde hervorgehoben, daß seitens der Partei auch die etwas notwendig werdende Volksabstimmung über den Frieden vorbereitet werden müsse. Nachdem sich die Erörterungen längere Zeit hingezogen hatten, erklärte der Vorsitzende, es würde noch immer Zeit sein, in dieser Angelegenheit endgültig Stellung zu nehmen, wenn der Parteitag seine Geschäfte erledigt haben würde.

Dann wurde der Antrag Adolf Braun gegen eine verschwindende Mehrheit angenommen. In dem Antrag heißt es:

Der Parteitag erklärt seine Bereitschaft, in Verbindung zur Einigung mit der U. S. P. D. auf der Grundlage des Erfurter Programms einzutreten, sobald die U. S. P. D. die Grundsätze der Demokratie rätschlagsweise anerkennt und jede Gemeinschaft mit der mit dem Mitteln des Putschismus und unter Verwerfung aller demokratischen Grundsätze wirksenden A. P. D. aufgibt. Die Verhandlung über die Einigung könne nur zentral geführt werden.

Außerdem wurde ein Antrag angenommen, der eine raschere Demokratisierung

im Reich, Staat und Gemeinde vorstellt. Zur Frage der Freiwilligenkorps wird ein Antrag erörtert.

Der Antrag ist einstimmig angenommen, der die Beschwerden der Parteigenossen über die Haltung der Freiwilligenkorps und ihrer Führer würdigt. Ebenso wurde mit Mehrheit ein Zusatzantrag angenommen, der fordert, daß unter den Truppen Aufklärungsarbeit geleistet werde.

Der Belagerungszustand darf nur verkündet und Truppen erst dann eingesetzt werden, wenn die Parteiorganisation vorher gehört worden ist und den Befolgs-

habe in den zeitweilig besetzten Orten Genossen aus

Parteikreisen angezogen worden sind. Angenommen wird

eine Resolution, daß die Regierung für die vollständige Durchführung der Rechte und Freiheit im

ganzen Reich sorgen soll. Hierzu wird ein Antrag, über

all unbedingt den Belagerungszustand aufzuhören, abgelehnt. Die Debatte wendet sich einem Antrage zu, die Agitation und Organisation betreffend.

### Die Verhandlungen der Unabhängigen mit der Reichswehr.

Wie Berliner Blätter berichten, sei Emil Barth nicht das einzige Mitglied der Parteileitung der Unabhängigen gewesen, das die Verhandlungen mit dem Freikorps geführt hat. Hervorragend beteiligt sei auch z. B. Dr. Böckeler gewesen.

### Frankreich und die Rheingrenze.

Von Reichstagstypograph L. Krieger (Vichtersfelde).

Karlsruhe, 12. Juni. Nach Meldungen aus dem belagerten Gebiete soll am kommenden Sonntag in einer Anzahl Städte der Pfalz und des Rheinlandes ein neuer Versuch zur Proklamation von linksrheinischen Sonderrepubliken unternommen werden. Sowohl in Mainz wie in Speyer haben an den letzten Tagen wichtige Versprechungen mit den dortigen französischen Besatzungshabern stattgefunden.

Die Putschversuche im Rheinland sollen demnach frischfröhlich weitergehen. Erstaunlich ist das nicht, die Franzosen weichen ihre Linie so schnell nicht ins Korn. Ihre Absichten auf das Rheinland sind sehr alt. Daß man in Deutschland davon so übersieht wurde und die Vorkommnisse für so unglücklich hielt, beweist nur, wie sehr es unter politische Zeitung während des Krieges an jeder Ausklärung der öffentlichen Meinung über die feindlichen Kriegsziele und die Vernichtungswolne hat fehlen lassen. Politisch ungeführt, ließ sich das Volk durch Phrasen vom Kampf für Freiheit, Menschlichkeit und Recht verführen. Well es ihm an politischen Führern fehlte, folgte es den Gedankengängen der Vorfürchter, die von einer längst bestehenden Verständigungsmöglichkeit fanden, damit die Widerstandskraft von Heer und Heimat sowohl, ja die Volksseele lebten Endes vergifteten. In der Tat haben die Franzosen ihre Absichten nicht nur während des Krieges teils offen ausgesprochen, sondern schon vor dem Kriege amtlich dafür Stimmung zu machen gesucht. Die Bewohner des Elsass und des Mosel-landes (!) waren hoffnungsvoll, daß ihre Heimat in die Arme unseres geliebten vertriebenen Frankreichs zurückkehrt. So lernte der französische A-B-C-Schüler nach seiner Rückkehr aus dem Krieg die französische A-B-C-Schule nach seiner Heimat zurückkehren und schreiben. Zahlreiche Soldaten und Lehrer zeigten sich besonders auf die „Befreiung“ Elsass-Lothringens. Am erdnahen und gleichzeitigen Untergang wurde der Rhein als der „echt französische Strom“ benutzt. Röte und Herzen gegen Deutschland mobil zu machen. Besonders charakteristisch ist das Titelblatt einer Ausgabe (!) 1914 erschienenen französischen Heftzeitung, daß eine Abteilung französischer Dragoner zeigt, die die Binger Höhe gegenüber dem Niederwalddenkmal herabstürmen, angetrieben durch den gallischen Schlachtgott, der ihnen aus den Waffen zuruft: „Auf, an den gallischen Rhein!“ Dem französischen Schülkind wird eingehämmert, daß der Rhein einmal die Grenze Frankreichs gewesen sei. Mit der dem Franzosen eigenen Leidenschaft bemahnt sie das Kind gerade diese Geschichtswissenschaft, vergißt aber, weil es dies nur flüchtig erfährt, daß der Rhein nur von 1801 bis 1812 die Ostgrenze Frankreichs war. Schön zu Beginn des Christlichen Zeitalters wurden die Länder zu beiden Seiten des Rheins von den Germanen bewohnt. Durch den Vertrag von Verdun im Jahre 843 fiel bei der Teilung des Reiches Karl des Großen der mittlere Reichsteil mit dem Rhein Lothar zu, der auch die Kaiserwürde erhielt. Nach seinem Tode wurde das Land nach der Sprachgrenze geteilt, so daß das gesamte Rheingebiet und weite Teile westlich des selben und seit 880 auch Lothringen mit Toul und Verdun dem Reich seines Bruders, Ludwig des Deutschen, aufgaben. Zum Jahre 1270 an schwenkte sich unter französischen Erbherren die französische Grenze allmählich rheinwärts, vornehmlich durch die Erwerbungen von 1552, 1681 und in der Revolutionszeit. Erst 1813 und 1871 durch Wiederaufnahme des entziffernen Elsass-Lothringens wurde der Ausbreitungsfeld Frankreichs ein Ziel gesetzt. Aber der Anarchismus „Der Rhein ist Frankreichs Grenze“ spulte weiter in den französischen Köpfen.

Natürlich wurde diese von der Schule auf gesäuberte Idee vom „gallischen Rhein“ während des Krieges von der französischen Presse und von französischen Politikern genutzt. Diese zeigt sich so recht, wie sie bewußt Frankreich auf die Ereignisse hinarbeitete, die wir im Westen unseres Vaterlandes mit Empörung sich entwickeln sehen. Aus dem großen Jahr der gleichen Ziele dienenden französischen Pressestimmen soll nur eine Neuherzung Lorins im „Neure“ vom 7. Juli 1916 hervorgehoben werden: „Das Publikum muß endlich die Gültigkeit der zugleich französischen und europäischen These anerkennen, daß Deutschland am Rhein endet. Diese natürliche Grenze zu gewinnen, ist die unumstößliche Tendenz unseres nationalen Wesens.... Der Rhein ist nicht preußisch, er ist ein alter gallischer Strom.... Vielleicht werden die Rheinländer, von dem preußischen Panzer befreit, in einigen Jahren das entziffern, was Charles Maurras ihre französischen Anklagen nennt. Für den Augenblick genügt es, wenn keine Ecke Preußens mehr in das fränkische Land des Westens hineinragt.“

Die deutsche politische Zeitung und mit ihr die Mehrheitsparteien des Reichstages legten allen noch so deutlich ausgesprochenen Vernichtungsplänen der Feinde kein großes Gewicht bei, sie wogen das Volk in den Glauben, daß ein „Verständigungsfeld“ handgreiflich sei. Waren denn solche Presseanhängerungen, die aus dem feindlichen Lager kamen, nur Stimmungsmache französischer Journalisten oder unmöglicher Politiker? Keinesfalls! Unser Regierung war es auch bekannt, daß Frankreich zu Beginn des Jahres 1917 folgende Vereinbarungen über die zukünftige deutsche Westgrenze mit Russland getroffen hatte: 1. Elsass-Lothringen wird an Frankreich zurückgegeben. 2. Die Grenzen werden erweitert mindestens bis zum Umlauf des früheren Herzogtums Lothringen und werden nach den Wünschen der französischen Regierung festgelegt werden, wobei die strategischen Roimendigkeiten berücksichtigt werden müssen, damit auch das ganze Eisenacher-Lothringen und das ganze Kohlenbeden des Saarreviers in das französische Territorium einverlebt würde. 3. Die übrigen linksrheinischen Gebiete, die jetzt zum Bestande des Deutschen Reiches gehören, werden von Deutschland ganz abgetrennt und von jeder politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit gegenüber Deutschland befreit werden. 4. Die linksrheinischen Gebiete, die nicht in den